



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazion da las Vischnancas Svizras

JAHRESBERICHT 2025



Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	3
Das Verbandsjahr im Rückblick.....	4
Der SGV im Einsatz für die Gemeinden.....	12
Verbandsmagazin «Schweizer Gemeinde».....	15
Verbandsorgane.....	17
Mitgliederstatistik.....	20
Jahresrechnung und Bilanz.....	21

Impressum

Herausgeber

Schweizerischer Gemeindeverband, Holzikofenweg 8,
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 380 70 00,
verband@chgemeinden.ch, www.chcomuni.ch

Titelbild

Szene aus Lauterbrunnen BE.
Quelle: Shutterstock



Wenn Sparpolitik die Gemeindeautonomie aushebelt

Art. 50

- 1 Die Gemeindeautonomie ist nach Massgabe des kantonalen Rechts gewährleistet.
- 2 Der Bund beachtet bei seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden.
- 3 Er nimmt dabei Rücksicht auf die besondere Situation der Städte und der Agglomerationen sowie der Berggebiete.

Obiger Artikel 50 der Bundesverfassung, der sogenannte «Gemeindeartikel», ist seit dem Jahr 2000 fest im höchsten Schweizer Gesetzestext verankert. Dass es trotzdem nötig ist, Bund und Kantone immer wieder an die Gemeindeautonomie und die gleichberechtigte Rolle der dritten Staatsebene zu erinnern, zeigte sich im letzten Jahr gleich in mehreren Dossiers.

Erwähnt sein soll an dieser Stelle das «Entlastungspaket 27», mit dem der Bundesrat künftig rund drei Milliarden Franken pro Jahr einsparen will. Sicher: Der Handlungsbedarf bei den Bundesfinanzen ist breit anerkannt. Am Sparwillen mangelt es nicht – solange es bitte nur nicht einen selber trifft. Das gilt natürlich auch für die Gemeinden: Sie werden mit den Sparplänen des Bundes schmerzhaft Einschnitte in Kauf nehmen müssen.

Störend ist insbesondere die Art, wie das Entlastungspaket zustande kam, denn während sich der Bund selbst entlastet, verschiebt er die Lasten einseitig die anderen Staatsebenen. Auch der Umstand, dass die kommunale Ebene bei der Erarbeitung des Sparpakets in keinsten Weise beigezogen wurde, ist stossend – und im Kontext von Artikel 50 der Bundesverfassung juristisch mindestens fragwürdig. Der Bund kann sich wohl glücklich schätzen, kennt die Schweiz kein Verfassungsgericht.

Auch inhaltlich lässt das Entlastungspaket einiges zu wünschen übrig. So erscheinen Einsparungen im Bereich des Naturgefahrenschutzes nach dem verheerenden Bergsturz von Blatten geradezu stossend, und auch der geplante gänzliche Verzicht des Bundesrats auf weitere Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung wird vom Gemeindeverband kritisiert, bewirkt der Fonds doch mit vergleichsweise wenig Geld Grosses: Jeder investierte Bundesfranken generiert in den Berggebieten und ländlichen Regionen das Fünffache an Investitionen – und daraus folgend wiederum Steuereinnahmen für den Bund.

Es gäbe noch weitere Beispiele, die aus Gemeindesicht nur als widersprüchlich bezeichnet werden können. Da die vorgeschlagenen Sparmassnahmen auch bei vielen weiteren Akteuren auf wenig Gegenliebe stossen, ist zu befürchten, dass das Entlastungspaket schlussendlich an der Urne abgelehnt und der Bundesrat den Rotstift dann umso mehr bei den nicht gebundenen Aufgaben ansetzen wird – etwa bei der Integration oder im Regionalverkehr. Auf Mehreinnahmen wird er kaum setzen. Aus Sicht des SGV drängt sich eine Lösung im Dialog mit den anderen Staatsebenen im Rahmen des Projekts Entflechtung 27 auf – wir werden auf jeden Fall zur Stelle sein.

Mathias Zopfi, Ständerat
Präsident SGV



DAS VERBANDSJAH IM RÜCKBLICK

Quelle: Shutterstock

Der SGV macht Politik

Das Jahr 2025 war aus kommunalpolitischer Sicht herausfordernd. Neben der insgesamt weiterhin angespannten Migrationslage sah sich insbesondere auch die verfassungsmässig garantierte Gemeindeautonomie unter Druck gesetzt, etwa durch das bundesrätliche Entlastungspaket 27, das ohne Einbezug der kommunalen Ebene erarbeitet wurde, oder durch das Bestreben des Bundes, den Gemeinden die Einführung von Tempo 30 zu erschweren (siehe für beides S. 5). Damit passte das Polit-Jahr gesamthaft gesehen leider nicht allzu gut zu dem Schwerpunkt, den der Verband für das Berichtsjahr gesetzt hatte: Die Achtung der Gemeindeautonomie, die 2025 seit genau einem Vierteljahrhundert durch die Bundesverfassung (Artikel 50, der «Gemeindeartikel») garantiert wurde (siehe S. 9). Im Folgenden finden Sie eine Auflistung der wichtigsten politischen Geschäfte 2025, getrennt nach Politikbereichen.

Wirtschaft und Finanzen

Zentrales Geschäft war 2025 das [Entlastungspaket 27](#). Wegen steigender Ausgaben insbesondere für die Altersvorsorge und die Armee und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt hat der Bundesrat ein Sparpaket mit insgesamt 59 Massnahmen und einem Volumen von rund drei Milliarden Franken aufgelegt. Der SGV hat dieses in seiner [Stellungnahme](#) vom 20. März im Rahmen der Vernehmlassung kritisiert. Stossend ist vor allem, dass die kommunale Ebene bei der Erarbeitung möglicher Entlastungsmassnahmen nicht einbezogen wurde und dass viele Massnahmen eine rein einseitige Lastenverschiebung hin zu den Kantonen und Gemeinden sind.

Trotz massiver Kritik von allen Seiten hat der Bundesrat nach der Vernehmlassung nur wenige Änderungen vorgenommen. Der SGV forderte daher einen Übungsabbruch



Vizepräsident Jörg Kündig (2. v. r.) vertritt den SGV und die Interessen der kommunalen Ebene an der nationalen Asylkonferenz vom 28. November 2025 in Bern. Quelle: EJPD

und einen Neustart unter Einbezug der Gemeinden und Kantone. Eine Rückweisung an den Bundesrat bzw. Nicht-eintreten auf die Vorlage fand in der Wintersession im Ständerat jedoch keine Mehrheit. Das Geschäft kommt nun in der Frühjahrsession 2026 in den Nationalrat.

Mobilität

Die Debatte rund um Tempo-30-Zonen nahm im Berichtsjahr in den Arbeiten des Schweizerischen Gemeindeverbands eine zentrale Stellung ein. Das Dossier geht auf die [Motion Schilliger](#) zurück, die vom Parlament in den Jahren 2023 und 2024 behandelt wurde. Obwohl der SGV die Motion wegen ihrer Folgen für die kommunale Ebene bekämpft hatte, wurde sie letztlich vom Parlament angenommen.

Die Umsetzung erwies sich jedoch als problematisch. Der vom Bundesrat vorgelegte Verordnungsentwurf [trägt den lokalen Gegebenheiten zu wenig Rechnung](#) und führt zu einer zunehmenden Bürokratisierung, erheblichen Mehrkosten sowie einem Verlust an Gemeindeautonomie.

Der SGV reagierte darauf in koordinierten Schritten: eine detaillierte [Stellungnahme](#), ein Aufruf an die Gemeinden, ihre Opposition kundzutun, sowie ein [offener Brief](#) an den Bundesrat, der von mehr als 600 Gemeinden unterzeichnet wurde. Der SGV setzte sich dabei stets für einen pragmatischen Ansatz ein, der die Gemeindeautonomie respektiert. Das Dossier bleibt politisch sensibel.

Migration

Das Jahr 2025 war im Vergleich zu den Vorjahren durch einen Rückgang der Asylgesuche gekennzeichnet, wodurch sich die Situation leicht entspannte. Gleichzeitig stand das Jahr 2025 im Zeichen der Erarbeitung der Asylstrategie 2027, die von Bundesrat Beat Jans initiiert wurde. In diesem Rahmen haben Bund, Kantone, Gemeinden und Städte eine umfassende Analyse des Asylbereichs durchgeführt und dabei konkrete Verbesserungsansätze definiert. Der Schweizerische Gemeindeverband brachte sich von Beginn an aktiv in diesen Prozess ein – bis hin zur [Asylkonferenz](#) vom 28. November 2025, welche das Ende der ersten Phase der Arbeiten markierte und zur Verabschiedung eines politischen Mandats mit konkretem Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen führte.

Im Jahr 2026 geht es in der zweiten Phase darum, konkrete Massnahmen auszuarbeiten und umzusetzen. Der SGV wird sich weiterhin aktiv an diesen Arbeiten beteiligen, in enger Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband, den Kantonen und dem Bund. Dabei gilt es insbesondere, die Beschleunigung der Asylverfahren weiter voranzutreiben und die Zahl der pendenten Dossiers rasch zu reduzieren, zugleich aber auch die Krisenresilienz des Systems zu stärken. Zudem sind gesetzliche Anpassungen im Bereich Sicherheit erforderlich.

In Bezug auf den Schutzstatus S hat sich der SGV im Namen der kommunalen Ebene zu mehreren Entscheiden geäussert, namentlich zu dessen [Nicht-Aufhebung](#), zur Prüfung der Gesuche nach Herkunftsregion ([Motion Friedli](#)), zu Reisebeschränkungen sowie zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Personen mit Schutzstatus S. Im Jahr 2026 werden Szenarien im Zusammenhang mit einer möglichen Aufhebung des Schutzstatus S wieder auf die politische Agenda zurückkehren; der SGV wird sich an diesen Diskussionen umfassend beteiligen.

Schliesslich hat sich der SGV in zahlreichen Arbeitsgruppen in den Bereichen Migration, Asyl und Integration eingebracht. Diese Arbeiten betreffen insbesondere die Resettlement-Programme, die Unterbringung, den Familiennachzug, die kantonalen Integrationsprogramme (KIP) sowie die Bereiche Radikalisierung und gewalttätiger Extremismus.

Soziales

Die [Vorlage](#) für eine langfristige Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung beschäftigt den SGV und das Parlament seit über einem Jahr. Kern der Vorlage ist eine Betreuungszulage für Eltern von Kita-Kindern, die über Beiträge der Arbeitgebenden, der Arbeitnehmenden und der Kantone finanziert wird. In der Wintersession 2025 wurde das Geschäft als indirekter Gegenentwurf zur KITA-Initiative angenommen. Die beschlossene Lösung geht deutlich weniger weit als der ursprünglich von der Nationalratskommission vorgeschlagene und vom SGV unterstützte Gesetzesentwurf. Nebst der Betreuungszulage für erwerbstätige Eltern sollen mit sogenannten Programmvereinbarungen Angebotslücken geschlossen und Betreuungsplätze für Kinder mit Behinderungen geschaffen werden. Die Zulage soll an die institutionelle Betreuung in einer Landessprache und die Erwerbstätigkeit beider Elternteile geknüpft sein.

Gesundheit und Alter

Die Anstellung von pflegenden Angehörigen beschäftigte die nationale Politik wie auch die Gemeinden stark. Angehörige leisten mit ihrer Pflege einen wichtigen Beitrag an die Gesundheitsversorgung. Das Thema ist für die kommunale Ebene aber von grosser Brisanz, da die Gemeindefinanzen je nach Kanton stark belastet sind. Die Gemeinden und Städte tragen heute im Rahmen der Restfinanzierung bereits hohe Kosten für die Pflege. Mit der bestätigten starken Zunahme von Leistungen durch pflegende Angehörige fallen bei den Städten und Gemeinden zusätzliche Rechnungen an. Der im Oktober publizierte [Bericht des Bundesrats](#) vermochte nicht zu überzeugen. Er liefert zwar eine gute Übersicht und wichtige Grundlagen. Der Bundesrat sieht allerdings keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf auf nationaler Ebene. Der SGV forderte gegenüber den Bundesbehörden klare Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige bezüglich Definition, Qualität, Transparenz, Anstellungsbedingungen und Höhe der Abgeltung. Mit Erfolg – nach dem Nationalrat nahm auch der Ständerat die [Motion Rechsteiner](#) «Pflege durch Angehörige verbindlich regeln» in der Wintersession an.

In anderer Sache positionierte sich der SGV im Frühjahr 2025 mit seiner [Stellungnahme](#) zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung. Damit soll die



Quelle: Shutterstock

Stellung der Versicherten im Rahmen von medizinischen Gutachten der IV verbessert werden. Der SGV begrüsst das Vorhaben, weil es die Akzeptanz der Gutachten bei den Versicherten erhöht und Abklärungsverfahren beschleunigt, wodurch Kosten gespart werden. Warten Betroffene aufgrund hängiger Verfahren lange auf einen IV-Rentenentscheid, muss nicht selten die kommunale Sozialhilfe für sie aufkommen.

Schliesslich brachte sich der SGV im Berichtsjahr in die von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider lancierten Arbeiten der Agenda Grundversorgung ein. Mit der demographischen Entwicklung nimmt auch der Bedarf an medizinisch-pflegerischer Behandlung und Betreuung zu, bei gleichzeitigem Fachkräftemangel in allen Bereichen. Unter der Federführung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) erarbeiteten u.a. Verbände der Leistungserbringer, Versicherer sowie Vertretende von Bund, Kantonen und Gemeinden in zwei Arbeitsgruppen Massnahmen, um eine bessere Koordination und interprofessionelle Zusammenarbeit in der medizinischen Grundversorgung in allen Regionen weiter voranzubringen. Für den SGV muss die Politik auf nationaler Ebene hierzu die notwendigen Rahmenbedingungen und Anreize schaffen. Er vermisst denn auch in der im Dezember publizierten [Fachbericht Agenda Grundversorgung](#) die finanzielle Komponente: Die Sicherstellung der Finanzierung ist die Voraussetzung für die weiteren Schritte, insbesondere die Umsetzung möglicher Massnahmen.

Energie

Im Bereich Energie stand im Jahr 2025 das Stromabkommen mit der EU im Fokus. Der [SGV unterstützt](#) das Stromabkommen aus einer ganzheitlichen, gesamtwirtschaftlichen Perspektive. Eine enge Zusammenarbeit mit der EU im Strombereich ist entscheidend, um die Versorgungssicherheit und die Netzstabilität zu gewährleisten. Die Herausforderungen für gewisse Gemeinden, insbesondere im Hinblick auf die Strommarktöffnung oder die Förderung der erneuerbaren Energien, sind jedoch nicht zu unterschätzen. Der SGV erwartet daher, dass bei der innerstaatlichen Umsetzung des Stromabkommens die vorhandenen Spielräume im Interesse der Schweiz gut genutzt werden. Haushalte und KMU müssen weiterhin in der regulierten Grundversorgung bleiben respektive in diese zurückwechseln können. 2026 wird das Stromabkommen im Parlament beraten. Eine eventuelle Volksabstimmung findet voraussichtlich frühestens 2027 statt.

Ein weiteres wichtiges Geschäft war die [Änderung des Energiegesetzes](#), mit welchem grosse Solarkraftwerke, Windparks und Wasserkraftwerke schneller geplant und bewilligt werden sollen. Nach langem und hartem Ringen konnte in der Herbstsession im letzten Moment eine Einigung gefunden werden. Für den SGV ist [von zentraler Bedeutung](#), dass der sogenannte Beschleunigungserlass erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Dieser ist ein wichtiger Pfeiler für den Ausbau der inländischen Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und für die Stärkung der Stromversorgungssicherheit unseres Landes.

Raumplanung

Das [ISOS](#) (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung) bringt für die Gemeinden in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten mit sich.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zur baulichen Verdichtung sowie der Wohnungsknappheit hat die direkte Anwendung des ISOS bei der Erfüllung von Bundesaufgaben (beispielsweise im Bereich Grundwasser) zahlreiche wichtige Projekte behindert.

Infolgedessen setzte das Bundesamt für Kultur (BAK) einen Runden Tisch mit den wichtigsten betroffenen Akteuren ein, an dem sich auch der Schweizerische Gemeindeverband aktiv beteiligte. Diese Gespräche führten zu mehreren pragmatischen Massnahmen, die zu einer besseren Vereinbarkeit zwischen der Anwendung des ISOS und des praktischen Alltags in den Gemeinden beitragen sollen.

Parallel dazu unterstützte der SGV die [Motion Würth](#), welche die Frage der kommunalen Souveränität in der Raumplanung anspricht. Obwohl die Motion in der Wintersession vom Nationalrat abgelehnt wurde, trug sie abermals zur Intensivierung der politischen Debatte bei. Die aus dem Runden Tisch hervorgegangenen Massnahmen [müssen nun rasch umgesetzt werden](#).

Umwelt und Klima

Die Verunreinigung des Trinkwassers durch PFAS stellt für die Gemeinden eine zunehmende Herausforderung dar. Nach der Chlorothalonil-Problematik zeichnet sich heute eine ähnliche Situation ab: In zahlreichen Regionen werden die Grenzwerte erreicht oder überschritten, während technische Lösungen nach wie vor nur begrenzt zur Verfügung stehen.

Den Grossteil der operativen und finanziellen Konsequenzen müssen die Gemeinden tragen: Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, Verdünnung des Wassers, wo dies möglich ist, Investitionen, Betrieb der Anlagen sowie Information



Quelle: Shutterstock

der Bevölkerung – und dies ohne angemessene finanzielle und technische Unterstützung. Insgesamt führt die Situation die Defizite bei der Anwendung des Verursacherprinzips im Bereich der Trinkwasserversorgung deutlich vor Augen.

Der Schweizerische Gemeindeverband hat sich auch hier aktiv in den politischen Prozess eingebracht, unter anderem im Rahmen einer Anhörung vor der zuständigen Kommission des Nationalrats. Im Umgang mit PFAS verfolgt der Verband einen systematischen Ansatz und spricht sich für die Schaffung eines Finanzierungsinstruments [auf Grundlage des Verursacherprinzips](#) aus – Vorbild ist der Altlastenfonds. Mehrere parlamentarische Vorstösse befinden sich derzeit in Behandlung.

Kultur

Gemeinden und Städte nehmen eine zentrale Rolle in der Förderung der kulturellen Vielfalt in der Schweiz ein. Sie tragen rund die Hälfte der öffentlichen Ausgaben für Kultur und ermöglichen damit professionelles Kulturschaffen, Veranstaltungen der Laienkultur sowie den Betrieb von Kulturinstitutionen. Kulturpolitische Entscheide im Bundesparlament wie etwa die geplante Änderung des Subventionsgesetzes, wonach die öffentliche Finanzierung von Leistungen auf 50 Prozent begrenzt werden soll, haben gravierende Auswirkungen auf die anderen Staatsebenen.

Vor diesem Hintergrund braucht es das gemeinsame Engagement und die enge Zusammenarbeit aller Staatsebenen, um weitere Kürzungen im Kulturbereich zu verhindern. Der [Nationale Kulturdialog](#) NKD ist hierfür die entscheidende Austauschplattform. Der SGV setzte sich dafür ein, dass das kommunale Kulturschaffen und -wirken anerkannt und gefördert wird. Er wirkte bei der Organisation und Durchführung des ersten [Forums für Kulturerbe](#) mit, das am 17. November 2025 in Winterthur stattfand. Auf politischer Ebene brachte sich der SGV bei der Modernisierung des [Gesetzes über die Schweizerische Nationalbibliothek](#) (Entwurf 3) für die Gemeinden ein, die im letzten Jahr vom Parlament verabschiedet wurde.

Digitalisierung

Am 28. September 2025 hat das Schweizer Stimmvolk die e-ID an der Urne angenommen, wenn auch nur äusserst knapp mit 50,4% Ja-Stimmen. Damit ist der Grundstein für eine Vielzahl digitaler Behördenleistungen gelegt, von denen die Bevölkerung profitieren wird und die die Verwaltung effizienter machen. Auch wird sie sichere elektronische Unterschriftensammlungen ermöglichen. Der SGV hat daher die Einführung der e-ID stets [ausdrücklich begrüsst](#).

Die Umsetzung der e-ID stellt die Gemeinden jedoch vor grosse Herausforderungen. Mit dem neuen Gesetz werden die Gemeinden beispielsweise verpflichtet sein, die e-ID zu akzeptieren. Für eine optimale Umsetzung ist es daher wichtig, dass die kantonalen und kommunalen Behörden in die weiteren Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die operative Einführung der e-ID einbezogen werden. Die Finanzierung und der technische Support sind ebenfalls zu klären. Die Einführung der e-ID wird für das dritte Quartal 2026 angestrebt, könnte sich aber etwas verzögern.

Hinweis: Diese Zusammenfassung der politischen Verbandsarbeit stellt eine Auswahl der wichtigsten Geschäfte und Politikbereiche dar. Eine vollständige Übersicht finden Sie im [Newsroom](#), in unseren [Stellungnahmen](#) sowie in den [Sessionsrückblicken](#).



Quelle: Shutterstock



SGV-Präsident Mathias Zopfi und SSV-Präsident Hanspeter Hilfiker übergeben am 24. September 2025 die Deklaration «Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat» an Justizminister Beat Jans (von links).

Quelle: Raphael Hünerfauth

Der SGV mit Partnern

Im Jahr 2000 hat die Gemeindeautonomie erstmals Eingang in die Bundesverfassung gefunden. Konkret besagt deren Artikel 50, dass der Bund die Auswirkungen seines Handelns auf die Gemeinden beachten und Rücksicht auf die Interessen der kommunalen Ebene nehmen muss. Der Schweizerische Gemeindeverband und der Schweizerische Städteverband (SSV) hatte sich Ende des 20. Jahrhunderts stark dafür eingesetzt, dass ein solcher Artikel Eingang in die neue Bundesverfassung finden konnte. Das [25-jährige Jubiläum des «Gemeindeartikels»](#) nahmen SGV und SSV nun zum Anlass, Bund und Kantone an die Verfassungsbestimmung zu erinnern und eine ebenbürtige Zusammenarbeit zwischen den drei Staatsebenen einzufordern. Denn die Gemeinden sind nicht die Vollzugsorgane der «höheren» Staatsebenen, sondern gleichberechtigt – und als diejenige Ebene, auf der politische Entscheidungen letztlich tatsächlich umgesetzt werden, nichts weniger als systemrelevant. Am 24. September 2025 übergaben die beiden Kommunalverbände deshalb die [Deklaration «Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat»](#) an den zuständigen Justizminister Beat Jans.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem SSV und mit demselben Appell zur Achtung der Gemeindeautonomie richtete der SGV im Herbst 2025 einen offenen Brief an Bundesrat Albert Rösti und das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Darin forderten mehr als 600 Gemeinden und Städte die Achtung ihrer Autonomie und stellten sich gegen die Pläne des Bundesrats, die Einführung von Tempo 30 innerorts zu erschweren (siehe S. 5).

Weiter ausbauen konnte der SGV auch die Partnerschaft mit seinem langjährigen engen Partner, dem Verein [Myni Gmeind](#). Neben den monatlichen [Erfa-Stammtischen](#), in

deren Rahmen jeweils ein Digitalisierungsthema vertieft und anhand konkreter Beispiele niederschwellig betrachtet wird, wurde das Angebot an [Digital-Pionier-Kursen](#) erweitert: So werden etwa spezielle Vertiefungskurse zu Themen wie der Anwendung der KI in der Gemeindeverwaltung, zur Gemeindekommunikation oder zur digitalen Teilhabe angeboten. Nebst der inhaltlichen fand auch eine geographische Ausweitung statt: Im zweiten Halbjahr 2025 fand erstmals ein Erfa-Stammtisch in italienischer Sprache statt. Das Angebot für die Tessiner und einen Teil der Bündner Gemeinden wird im neuen Jahr nun fortgeführt und konsolidiert. Auch führten der SGV und Myni Gmeind in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) abermals ihre jährliche [Umfrage](#) zum Stand der Digitalisierung in den Schweizer Gemeinden durch, dieses Mal mit einem Schwerpunkt auf dem Thema Cybersicherheit.

Neue Partnerschaften konnte der SGV im Berichtsjahr u.a. mit der Swisscom und mit dem Beratungsunternehmen BDO AG eingehen. Der Verband verspricht sich von dieser Zusammenarbeit einen bleibenden Mehrwert für die Schweizer Gemeinden, indem er etwa Beiträge zur praxisnahen Unterstützung der kommunalen Ebene fördert.

Daneben pflegte der SGV bewährte Partnerschaften und Treffen weiter, etwa mit der Organisation zweier Sessionsanlässe der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik zum Thema Gemeindeautonomie ([«Ungehört in Bundesbern»?](#)), mit den mehrmals pro Jahr stattfindenden Treffen mit den kantonalen Gemeindeverbänden, die 2025 im Zeichen der anstehenden SRG-Halberungsinitiative standen, [gegen die sich der SGV klar ausgesprochen hatte](#), oder mit der Co-Organisation der Tagung nachhaltige öffentliche Beschaffung, die im Mai in Biel über die Bühne ging.

Der SGV informiert

Der SGV hat im Berichtsjahr insgesamt 18 [Newsletter](#) und neun [Medienmitteilungen](#) publiziert. Erstmals veröffentlichte der Verband den (deutschsprachigen) Newsletter auch in seinem [LinkedIn-Profil](#), wo das Angebot von zusätzlichen rund 2000 Personen abonniert wird. Daneben ist der SGV in den Sozialen Medien auch auf [Instagram](#) aktiv und betreut mit der Domain [www.chgemeinden.ch](#) natürlich weiterhin seine eigene Webseite.

Der SGV hat im Berichtsjahr rund 75 Medienanfragen beantwortet, wobei die gefragtesten Themen das Asylwesen (vgl. NZZ am Sonntag vom 12.01.2025), das Milizsystem, die Cybersicherheit in den kommunalen Verwaltungen sowie Tempo 30 (vgl. SRF Echo der Zeit vom 03.09.2025) waren. Welche Themen sich unsere Leserschaft wünscht, hat der SGV im Frühling im Rahmen einer [Kommunikationsumfrage](#) eruiert. Es zeigte sich, dass insbesondere das Verbandsmagazin «[Schweizer Gemeinde](#)» und der Newsletter von unserer Leserschaft sehr geschätzt werden. Verschiedene Themeninputs wurden von der Kommunikationsabteilung im Hinblick auf das Jahr 2026 bereits aufgenommen. Da zudem der Wunsch nach vermehrtem interaktivem Austausch geäußert wurde, sind für das neue Jahr Webinare zu aktuellen politischen Themen vorgesehen.



GL und Präsident Schweizerischer Gemeindeverband

Porträt über den Verbandspräsidenten Mathias Zoppi in der Sendung «10 vor 10» vom 24. März 2025. Quelle: srf.ch



Der SGV hat im Berichtsjahr an folgenden parlamentarischen Anhörungen teilgenommen:

- Anhörung «Volksinitiative 24.080 Für eine Einschränkung von Feuerwerk», WBK-N, Januar 2025
- Anhörung «Motion 25.3421 PFAS-Grenzwerte unter Berücksichtigung der Auswirkungen, insbesondere für die Landwirtschaft oder die Wasserversorger, sachgerecht festlegen und Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft einleiten», UREK-N, Juni 2025
- Anhörung «Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG)», KVF-N, Juni 2025
- Anhörung «Bundesbeschluss 24.095 Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Finanzierung der Behebung von Gebäudeschäden bei Erdbeben», UREK-S, August 2025
- Anhörung «Motion 25.3153 Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen», WBK-N, Oktober 2025
- Anhörung «Motion 23.4281 und Bericht des Bundesrates zur Anstellung von pflegenden Angehörigen», SPK-S, November 2025

Der SGV hat im Berichtsjahr zu folgenden Geschäften Stellung genommen:

Eidgenössisches Parlament

- Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (24.065), Januar 2025
- Pa. Iv. 20.451 «Armut ist kein Verbrechen», März 2025
- Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung in Umsetzung der Pa. Iv. Roduit 21.498, Mai 2025
- Pa. Iv. 25.402 «Indirekter Gegenentwurf zur Feuerwerks-Initiative», September 2025
- Pflegeleistungen von Angehörigen im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, November 2025
- Pa. Iv. 23.462 «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten», Dezember 2025

Eidgenössisches Departement des Innern

- Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen», Oktober 2025

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

- Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, des Asylgesetzes, der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit sowie der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, Juni 2025
- Änderung des Obligationenrechts (Verlängerung des Urlaubs für ausserschulische Jugendarbeit), September 2025
- Entwurf der e-ID-Verordnung, September 2025
- Modification du code civil au sujet de l'inscription de l'autorité parentale dans les registres des habitants, décembre 2025

Eidgenössisches Finanzdepartement

- Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt, März 2025

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

- Aktualisierung Raumkonzept Schweiz, März 2025
- Paquet d'ordonnances environnementales de l'automne 2025, mars 2025
- Bundesgesetz über die Förderung des Ausbaus von Breitbandinfrastrukturen (BBFG), Juni 2025
- Änderung der Postverordnung, Juli 2025
- Motion 21.4516 Schilliger «Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern», Dezember 2025
- Entwurf für ein Bundesgesetz über die Gasversorgung, Dezember 2025

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

- Révision partielle de la loi fédérale sur le droit foncier rural, janvier 2025

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

- Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU», Oktober 2025

Bundeskanzlei

- Code de conduite sur l'intégrité de la récolte de signatures, août 2025

Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

- Revision der SKOS-Richtlinien – 2. Etappe, Januar 2025

Digitale Verwaltung Schweiz

- Vorbereitung des Grundsatzentscheids zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung im Kontext der Digitalen Verwaltung Schweiz, Juni 2025

Die Stellungnahmen des SGV können Sie [hier](#) nachlesen.



DER SGV IM EINSATZ FÜR DIE GEMEINDEN

Quelle: Shutterstock

Ein breites Netzwerk ist Voraussetzung für politische Arbeit. Das gilt auch für den SGV: Er engagiert sich in dutzenden Arbeitsgruppen, Steuerungsausschüssen, Trägervereinen oder Führungsgremien, damit die Stimme der kommunalen Ebene an den richtigen Orten gehört wird. Nachfolgend die Liste der Gremien, in denen der SGV 2025 Einsitz nahm.

Migration

- Asylstrategie 27: Lenkungsausschuss Asyl, Asylausschuss (politisch-strategisches Gremium), Tripartiter Ausschuss Strategie (TriAS) und Arbeitsgruppe (SEM)
- Begleitgruppe Resettlement (SEM)
- Fachausschuss Asylverfahren und Unterbringung (SEM)
- EU-Asyl- und Migrationspakt, Arbeitsgruppe Konzept «Ausgewählte Beteiligung Solidarität ABS» (SEM)
- Kontaktorgan EJPD, KKJPD, SODK, Kommunalverbände
- Begleitgruppe KIP/IAS (SEM/KdK)
- Begleitgruppe Pilotprogramm Perspecta («Nutzung Potenzial Familiennachzug») (SEM)
- Eidg. Migrationskommission EKM
- Arbeitsgruppe «Monitoring Asylsystem» (SEM)
- NAP gegen Menschenhandel, «Politische Aufsicht NAP» (SVS)
- NAP gegen Menschenhandel, «Strategische Begleitgruppe NAP» (SVS)
- NAP Radikalisierung, «Politische Aufsicht NAP» (SVS)
- NAP Radikalisierung, «Strategische Begleitgruppe NAP» (SVS)
- NAP Radikalisierung, «Charta» (SVS)
- Programm «Erneuerung ZEMIS» (Zentrales Migrationsinformationssystem) von 2022-2027
- Arbeitsgruppe Nationale Tagung der TK: «Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Zusammenleben und Partizipation stärken: Die Rolle der drei Staatsebenen»

Gesundheit und Alter

- Arbeitsgruppe Medizinische Grundversorgung
- Austauschgefäss Pflegefinanzierung (BAG)
- Eidg. Kommission für die Pandemievorbereitung (EKP)
- Forum Medizinische Grundversorgung (BAG)
- Nationale Plattform Demenz (BAG)
- Patronat Preis «Gesunde Gemeinde/Gesunde Stadt» (RADIX)
- Vorstand Arbeitssicherheit Schweiz

Raumplanung und Verkehr

- Co-creating transformation processes of Baukultur and Services of general interest in rural municipalities COBASI
- Runder Tisch ISOS
- Arbeitsgruppe «Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote» (Umsetzung Mo. Schaffner)
- Arbeitsgruppe Leitungskataster Schweiz
- Arbeitsgruppe Roadmap Elektromobilität (BFE)
- Begleitgruppe Verkehrsperspektiven 2060 (ARE)
- Begleitgruppe Verkehr 45'
- Begleitgruppe zur Studie «Rechtsmittelsysteme im öffentlichen Baurecht» (ARE, BWO)
- Vorstand BPUK
- Bundesamt für Verkehr, Mobilitätsdateninfrastruktur MODI, Anwendungsfall Mobilitätsbaukasten

- Netzwerk Verkehrsdrehscheiben
- Raumkonzept Schweiz, politisches Gremium – strategisches Gremium – tripartite Arbeitsgruppe
- Trägerschaft Mobilitätspreis «FLUX – Goldener Verkehrsknoten»
- Wohnungspolitischer Dialog
- Projekt Woge – Wohnzukunft gestalten
- Aktionsplan Wohnungsknappheit: Massnahme A1.1 TK Impuls Innenentwicklung
- Aktionsplan Wohnungsknappheit: AG Massnahme A2.1: Durchlässigkeit und Durchmischung von Arbeits- und Wohnzonen erleichtern
- Aktionsplan Wohnungsknappheit: Massnahme C2.2: Freiwillige Standards Bau preisgünstiger Wohnraum
- Wirkungsanalyse Zweitwohnungsgesetz

Kultur

- DUN – Dachverband der Urheber- und Nachbarrechtlicher, Mitgliederversammlung
- Nationaler Kulturdialog NKD, Politische Ebene und Fachebene
- Nationaler Kulturdialog NKD, Arbeitsgruppe Evaluation NKD
- Nationaler Kulturdialog NKD, Arbeitsgruppe Kulturforum
- Begleitgruppe Evaluation Musikschultarife
- Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende

Umwelt und Klima

- Begleitgruppe Netzwerk der kantonalen Nachhaltigkeitsfachstellen (NKNF) in Umsetzung der Agenda 2030
- Beschaffungswesen – Organisationskomitee Nationale Tagung TNöB
- Lenkungsausschuss «Umgang mit Naturgefahren»
- Nationale Arbeitsgruppe CO₂-Entnahme und -Speicherung (CCS/NET)
- Netzwerk Biodiversität Gemeinden – Runder Tisch
- Pilotprojekt LKS (ARE/EspaceSuisse)
- Spitzentreffen BAFU/SGV/SSV/SVKI
- Steuerungsgruppe zum Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung
- Vorstand SVKI
- TK, Ad-hoc-Arbeitsgruppe «Unterstützungsprogramm für kleinere und mittlere Gemeinden» (Anschlusslösung Impuls Innenentwicklung)
- TK, Agenda 2030
- TK, politische Ebene
- TK, Dialog qualitätsvolle Innenentwicklung
- TK, Projekt «Biodiversität und Landschaft in Agglomerationen»
- TTA, technische Ebene

Institution Gemeinde

- Beirat Föderalismus-Konferenz
- Beschaffungswesen – Prüfungskommission IAöB (eidg. FA)
- Beschaffungswesen – Vorstand IAöB
- Vorstand KBOB (öffentliche Bauherren, Beschaffungswesen)
- Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats
- Revision TRIAS-Webseite
- Runder Tisch: Integrität von Unterschriftensammlungen
- Stiftung SGV
- Vorstand Trägerschaft Rechtsfachleute HF

Digitalisierung

- Fachgruppe Cybersicherheit
- DVS, Begleitgruppe Weiterentwicklung DVS
- DVS, operatives Führungsgremium OFG und politisches Führungsgremium PFG
- ePublikation für Gemeinden und Städte, Betriebsausschuss
- ePublikation für Gemeinden und Städte, Change Advisory Board
- Vorstand Myni Gmeind
- Myni Gmeind Romandie
- Tripartite Kommission, Digitalisierungsartikel BV
- Swiss eGovernment Forum, Fachbeirat

Wirtschaft und Finanzen

- Entflechtung 27 – Aufgabenteilung Bund-Kantone
- IBKK: Informationsnetzwerk Bund- Kantone über Korruption
- Koordinationsgruppe Netzwerk Standort Schweiz, Regiosuisse, Espacesuisse und Kommunalverbände
- Post, Salon politique
- Steuergruppe Umsetzung des Massnahmenpakets zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials

Soziales

- Campus Demokratie, Begleitgruppe Tag der Demokratie
- Expertengruppe Sozialstatistik
- IIZ-Fachstelle
- IIZ-Steuergruppe
- IKA frühe Kindheit
- Steuergruppe FLOWMobil, Lapurla
- NAPA Nationale Plattform gegen Armut (BSV), Steuergruppe

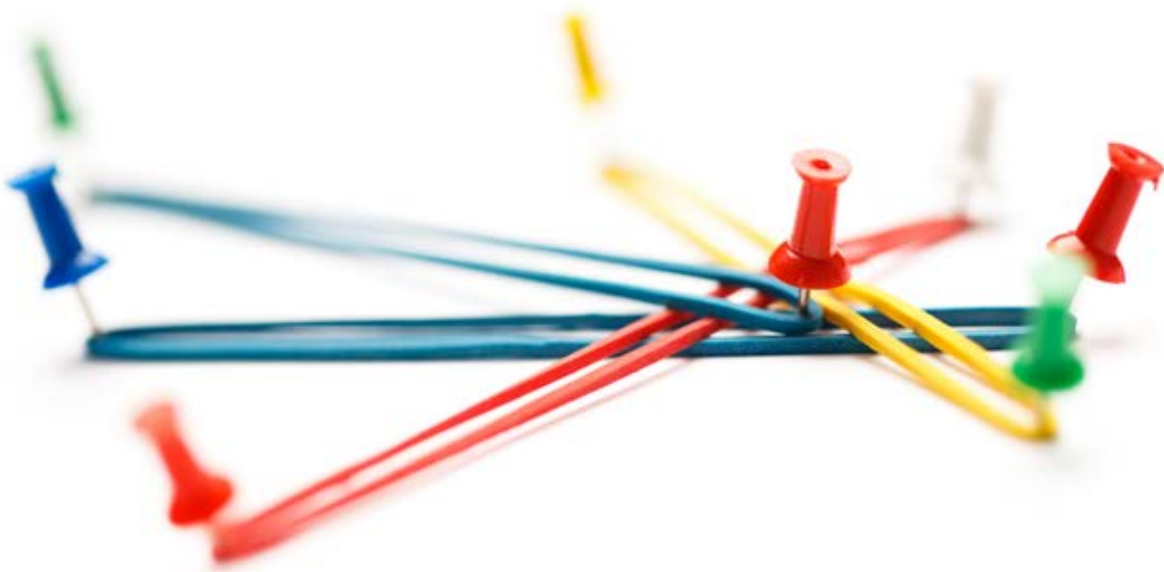
- NAPA, Armutsmonitoring. Projektgruppe 1: Bestandsaufnahme und materielle Existenzsicherung
- NAPA, Projektgruppe «Prävention und Bekämpfung von Familienarmut»
- NAPA, Projektgruppe «Nichtbezug bedarfsabhängiger Sozialleistungen: Erarbeitung eines Praxisleitfadens»
- Fachbeirat Forum für Nachhaltige Entwicklung
- Programmausschuss Partizipation (Behindertenpolitik)
- Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, Lancierung Freiwilligenmonitor
- Netzwerk Freiwillig engagiert
- SKOS, Vorstand
- SKOS, Weiterbildungsoffensive WBO
- SODK, Vorstand
- SODK, BeKo
- Steuergruppe Modernisierung Sozialhilfestatistik
- Steuergruppe Quartier4All (Pro Senectute)

Energie

- Begleitgruppe Energieperspektiven 2060
- Vorstand EnDK
- Harmonisierung Netto-Null für Städte und Gemeinden (EnergieSchweiz für Gemeinden)
- Steuerungsgruppe EnergieSchweiz für Gemeinden
- Steuerungsgruppe Thermische Netze
- Vorstand Trägerverein Energiestadt

Partner

- Luzerner Management Forum, Beirat
- Politforum Thun, Beirat
- POLITmonitor
- Suisse public, Beirat





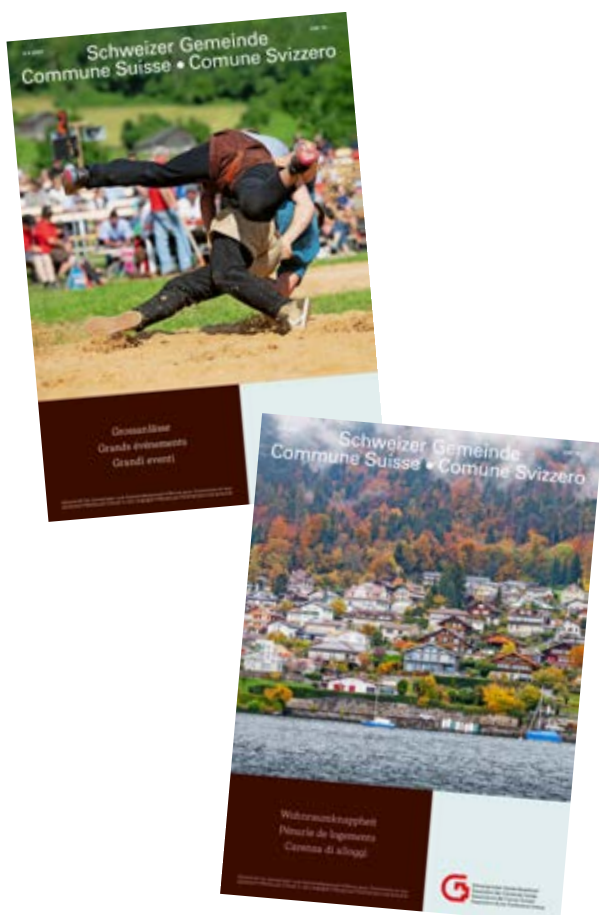
VERBANDS- MAGAZIN «SCHWEIZER GEMEINDE»

Quelle: SGV

Die «Schweizer Gemeinde» bleibt am Ball

2025 startete die «Schweizer Gemeinde» in ihr zweites Jahr im neuen Layout. Nach den Umwälzungen im 2024 war es an Zeit, das neue Konzept zu konsolidieren und den Fokus auf qualitativ gute Inhalte zu legen. Ein Schwerpunkt in der Berichterstattung lag 2025 auf dem [Jubiläum des Gemeinde-Artikels](#) in der Bundesverfassung, welcher den Gemeinden Mitspracherecht auf Bundesebene garantiert. Der SGV nahm das Jubiläum zum Anlass, die eigene Arbeit vertieft vorzustellen und die Wichtigkeit der Mitsprache der Gemeinden auf Bundesebene anhand ausgewählter Beispiele aufzuzeigen. Dies zum Beispiel bei der Diskussion um die Einführung von Tempo 30 oder beim geplanten Entlastungspaket 27 des Bundes.

Das Magazin war 2025 stets nahe an der Aktualität: So widmete sich die Juni-Ausgabe den zahlreichen [Grossanlässen](#), die im Sommer stattfanden, wie etwa der Frauenfussball-EM, dem Turnfest in Lausanne oder dem eidgenössischen Schwing- und Älplerfest in Glarus. Auch die [Wohnraumknappheit](#), die [digitale Archivierung](#) sowie neue Trends bei [Abfall und Recycling](#) wurden thematisiert. Im November war die «Schweizer Gemeinde» zudem für den «Q Award» des Verlegerverbands Schweizer Medien nominiert. Dieser zeichnet innovative und qualitativ hochstehende Fachmedien aus.



Um noch genauer auf die Bedürfnisse der Leserschaft eingehen zu können, hat der SGV im Frühling 2025 eine Umfrage durchgeführt. Die Resultate zeigten, dass die «Schweizer Gemeinde» als Kommunikationsorgan fleissig konsultiert wird und besonders die [Best-Practice-Beispiele](#) aus den Gemeinden geschätzt werden. Die rund 500 Teilnehmenden der Umfrage möchten in Zukunft mehr lesen zu den Themen Digitalisierung, Partizipation und Kommunikation mit der Bevölkerung sowie zum Kampf gegen den Fachkräftemangel. Der SGV hat diese Wünsche bereits in die Themenplanung 2026 einfließen lassen.

2025 hat die «Schweizer Gemeinde» über Best-Practice-Beispiele aus 87 Gemeinden aus 20 Kantonen berichtet. 63 Prozent der Gemeinden waren deutschsprachig, 29 Prozent französischsprachig und 8 Prozent italienischsprachig. Die Rechnung 2025 der «Schweizer Gemeinde» schliesst im Plus. Die Inserateinnahmen konnten unter anderem dank Partnerschaften auf einem hohen Niveau stabil gehalten werden, was angesichts des herausfordernden Umfelds im Werbemarkt sehr erfreulich ist.



VERBANDS- ORGANE

Quelle: Shutterstock

Generalversammlung 2025

Seit dem Inkrafttreten der revidierten Bundesverfassung (BV) am 1. Januar 2000 verpflichtet der Artikel 50 BV den Bund, bei seinem Handeln die Auswirkungen auf die Gemeinden zu beachten sowie Rücksicht zu nehmen auf die besonderen Interessen der Agglomerationen, Städte und Berggebiete.

Die Frage, inwiefern Bund und Kantone die kommunale Ebene heute tatsächlich als gleichberechtigte Partnerin einbeziehen, war Schwerpunkt der [72. ordentlichen Generalversammlung](#) des SGV, die am 6. Juni 2025 in Vernier GE stattfand. Unter dem Motto «Starke Gemeinden, starker Staat» debattierten Vertreterinnen und Vertreter aller drei Staatsebenen, ob der Verfassungsartikel genügend umgesetzt ist und wo noch Potenzial besteht, den Anliegen der Gemeinden stärker Rechnung zu tragen.

Als diejenige Staatsebene, auf der konkret umgesetzt werden muss, was in «Bundesbern» beschlossen wird, ist die kommunale Ebene auf gemeindetaugliche Gesetze, die sich auch im Milizamt umsetzen lassen, angewiesen. Gleichzeitig, so der Verbandspräsident und ehemalige Gemeindevizepräsident Mathias Zopfi, müssen Massnahmen, die Auswirkungen auf die kommunale Ebene haben, stets zusammen mit den Gemeinden erarbeitet werden. Leider fehlt dieser Reflex auf Bundesebene noch zu oft. Mit Mathias Zopfi diskutierten weitere ehemalige Gemeindepäsidentinnen und -präsidenten: Die Genfer Staatsrätin Carole-Anne Kast, der Thurgauer Regierungsrat Walter Schönholzer, der Waadtländer Nationalrat Laurent Wehrli, sowie Karine Bruchez, Präsidentin des Genfer Gemeindeverbands.

Im Rahmen der Generalversammlung konnte der SGV sodann die [Deklaration «Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat»](#) präsentieren, die er zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband verfasst hat. Die Deklaration

wurde im Nachgang an die Versammlung von den anwesenden Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten unterzeichnet und am 24. September dem zuständigen Bundesrat Beat Jans übergeben.

Im statutarischen Teil der Generalversammlung hatte zuvor Stéphane Coppey, ehemaliger Stadtpräsident von Monthey VS, seinen Rücktritt bekanntgegeben. Neu in den Vorstand gewählt wurde Matthias Gysin, Gemeindepräsident von Duggingen BL und Geschäftsführer des basellandschaftlichen Gemeindeverbands.

Die nächste ordentliche Generalversammlung wird am 18. Juni 2026 im Rahmen der Fachmesse «Suisse Public» in Bern stattfinden. Im Zentrum steht dann das Thema digitale Transformation in den Gemeindeverwaltungen und namentlich die anstehende Einführung der e-ID.



Verbandspräsident Mathias Zopfi (hinten) und Martin Staub von der Gastgebergemeinde Vernier GE unterzeichnen am 6. Juni 2025 die Deklaration «Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat».

Quelle: Nicolas Dupraz

Stiftung SGV

Die [Stiftung](#) des Schweizerischen Gemeindeverbands unterstützt auf Gesuch einer SGV-Mitgliedergemeinde hin Projekte, welche die Gemeinden und deren Bedeutung als Institution im föderalen System stärken. Dafür stehen Mittel von bis zu 50000 Franken pro Jahr zur Verfügung. Dem Stiftungsrat gehören vier Vertretungen des SGV sowie drei externe Mitglieder an. Präsiert wird sie vom früheren SGV-Vorstandsmitglied Dr. Rudolf Grüninger.

Im Geschäftsjahr 2025 unterstützte die Stiftung zwei Projekte: Das von der Gemeinde Pontresina GR eingereichte Projekt «Quid pro Quo» zielt darauf ab, Wohnungsnot, Zersiedelung und Sanierungsstau im alpinen Tourismusgebiet ganzheitlich anzugehen. Gemeinde und Eigentümer nutzen Synergien, um lokal umsetzbare Strategien zu entwickeln, die auch auf ähnliche Gemeinden übertragbar sind. Das Projekt wurde auch im Rahmen des Bundesprogramms [«Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2025-2030»](#) eingereicht.

Beim zweiten Projekt handelt es sich um den [Gov Digital-Check](#) – ein Tool, mit dem Gemeinden ihren Digitalisierungsgrad analysieren können. Um den Anforderungen von öffentlichen Verwaltungen gerecht zu werden, wurde der Gov Digital-Check mit dem Verein Myni Gmeind erweitert und optimiert. Durch die Beantwortung von 40 Fragen sehen Gemeinden, wo sie punkto Digitalisierungsgrad stehen und wo Handlungsbedarf besteht. Durch die Weiterentwicklung des Projekts, beantragt von den Gemeinden Hefenhofen TG und Spiez BE, ist zudem nun auch eine Ausweitung auf die Romandie und das Tessin möglich.

Vorstand

Präsident

Mathias Zopfi, Ständerat, Engi GL

Vizepräsidium

Jörg Kündig, Gemeindepräsident Gossau ZH,
Präsident GPVZH

Marie-France Roth Pasquier, Nationalrätin,
Gemeinderätin Bulle FR

Vorstand

Beat Bucheli, Gemeindepräsident Werthenstein LU

Stéphane Coppey, alt Gemeindepräsident
Monthey VS (bis Juni 2025)

Felice Dafond, alt Gemeindepräsident Minusio TI,
Präsident ACT

Nina Gansner, alt Gemeindepräsidentin Seewis GR

Michael Götte, Nationalrat, Gemeindepräsident
Tübach SG

Matthias Gysin, Gemeindepräsident Duggingen BL,
Geschäftsleiter VBLG (ab Juni 2025)

Sandra Hess, Stadtpräsidentin Nidau BE

Jean-Michel Karr, alt Gemeindepräsident
Chêne-Bougeries GE

Irène May, Gemeindepräsidentin Ingenbohl SZ

Georges Schmid, Präsident SVBK, Visp VS

Priska Seiler Graf, Nationalrätin, Kloten ZH

Gérald Strub, alt Gemeindepräsident Boniswil AG

Boris Tschirky, Gemeindepräsident Gaiserwald SG

Chantal Weidmann Yenny, Gemeindepräsidentin
Savigny VD, Präsidentin UCV

Christian Zuber, Gemeindepräsident Soyhières JU

Geschäftsstelle

Claudia Kratochvil-Hametner, Direktorin

Manon Röthlisberger, stv. Direktorin

Nina Ammon, politische Fachverantwortliche Soziales,
Familie/Gesellschaft und Kultur

Eloïse Eperon, politische Fachverantwortliche
Migration und Integration (ab Juli 2025)

Fabiola Kummer, Leiterin Administration und
Buchhaltung

Silvana Menzli, politische Fachverantwortliche
Migration und Integration (bis Februar 2025)

Silvan Müggler, politischer Fachverantwortlicher
Digitalisierung, Wirtschaft und Finanzen

Fabio Pacozzi, Leiter Kommunikation

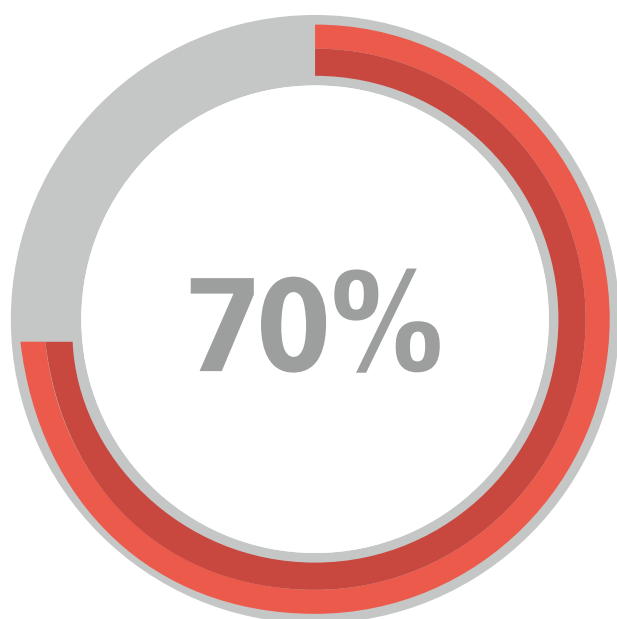
Isabelle Schletti, politische Fachverantwortliche Ener-
gie, Raumplanung und Mobilität (ab August 2025)

Maude Schreyer-Gonthier, politische Fachverantwor-
tliche Energie, Raumplanung und Mobilität (bis
April 2025)

Nadja Sutter, Chefredaktorin «Schweizer Gemeinde»

Revisionsstelle

Schönenberger Partner AG, Muri bei Bern



Folgende Gemeinden sind im Laufe des Jahres 2025 neu zum SGV gestossen:

- Allschwil BL
- Grolley-Ponthaux FR
- Laténa NE
- Petit-Val BE
- Porza TI
- Thalwil ZH

Mitglieder (1.1.2026)

Kanton	Anzahl Gemeinden	Anzahl Mitglieder	Anteil Mitglieder
AG	196	133	68%
AI	5	2	40%
AR	20	18	90%
BE	334	244	73%
BL	86	71	83%
BS	3	2	67%
FR	119	83	70%
GE	45	29	64%
GL	3	3	100%
GR	100	75	75%
JU	51	21	41%
LU	79	49	62%
NE	24	11	46%
NW	11	11	100%
OW	7	7	100%
SG	75	65	87%
SH	26	24	92%
SO	104	93	89%
SZ	30	21	70%
TG	80	79	99%
TI	100	80	80%
UR	19	15	79%
VD	300	98	33%
VS	122	113	93%
ZG	11	9	82%
ZH	160	122	76%
Total	2110	1478	70%

Zwischen dem 01.01.2025 und dem 01.01.2026 verringerte sich die Anzahl Schweizer Gemeinden aufgrund von Gemeindefusionen von 2121 auf 2110. Davon waren am 01.01.2026 1478 Gemeinden [Mitglied des SGV](#), was einer Quote von 70 Prozent entspricht.



JAHRES- RECHNUNG UND BILANZ

Quelle: Shutterstock

Bilanz per 31.12.

AKTIVEN	31.12.2025 CHF	31.12.2024 CHF
Flüssige Mittel	676'951	459'477
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	255'548	84'654
Übrige kurzfristige Forderungen	66'148	50'260
Aktive Rechnungsabgrenzungen	11'293	6'283
Total Umlaufvermögen	1'009'939	600'675
Finanzanlagen	541'084	499'095
Total Anlagevermögen	541'084	499'095
TOTAL AKTIVEN	1'551'023	1'099'770
PASSIVEN	31.12.2025 CHF	31.12.2024 CHF
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	273'172	56'699
Kurzfristige verzinsliche Verbindlichkeiten	200'000	200'000
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	374	14'870
Passive Rechnungsabgrenzungen	7'290	7'290
Total Fremdkapital	480'836	278'859
Verbandskapital	50'000	50'000
Freiwillige Gewinnreserven	770'911	732'418
Jahresgewinn	249'275	38'493
Total Eigenkapital	1'070'187	820'911
TOTAL PASSIVEN	1'551'023	1'099'770

Bern, 11. März 2026

Schweizerischer Gemeindeverband

Der Präsident



Mathias Zopfi
Ständerat

Die Direktorin



Claudia Kratochvil

Erfolgsrechnung 2025 und Budget 2026

	Budget 2026 CHF	Rechnung 2025 CHF	Budget 2025 CHF	Rechnung 2024 CHF
Betrieblicher Ertrag	2'196'000	2'406'538	2'365'000	1'995'487
Ertrag Geschäftsstelle	1'396'000	1'379'256	1'382'000	1'403'677
Ertrag Zeitschrift	427'000	430'883	377'000	335'079
Ertrag Projekte	357'000	577'140	590'000	210'334
Provisions- und sonstige Erträge	16'000	19'646	16'000	46'396
Ertragsminderungen	0	-387	0	0
Direkter betrieblicher Aufwand	-541'000	-759'215	-810'000	-425'602
Aufwand Zeitschrift	-237'000	-224'361	-260'000	-242'673
Aufwand Projekte	-304'000	-534'854	-550'000	-182'929
Bruttogewinn	1'655'000	1'647'323	1'555'000	1'569'885
Übriger betrieblicher Aufwand	-1'563'000	-1'441'273	-1'536'500	-1'537'621
Personalaufwand	-1'093'000	-1'002'447	-1'071'000	-1'076'004
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-470'000	-438'826	-465'500	-461'617
Ergebnis vor Abschreibungen, Finanzerfolg, betriebsfremder und ausserordentlicher Erfolg	92'000	206'050	18'500	32'264
Abschreibungen / Wertberichtigungen	-5'000	-8'275	-7'000	-7'721
Finanzertrag	6'000	47'410	6'000	31'825
Finanzaufwand	-4'000	-2'618	-4'000	-3'152
Finanzerfolg	2'000	44'792	2'000	28'673
Ausserordentlicher Ertrag	0	6'708	0	2'234
Ausserordentlicher Aufwand	0	0	0	-16'956
Ausserordentlicher Erfolg	0	6'708	0	-14'721
Jahresergebnis	89'000	249'275	13'500	38'493

Bern, 11. März 2026

Schweizerischer Gemeindeverband

Der Präsident



Mathias Zopfi
Ständerat

Die Direktorin



Claudia Kratochvil

